

Thomas Schmidinger

Politischer Islam

Grundlagen und aktuelle Entwicklungen in Europa

Der Politische Islam war nie eine einheitliche Bewegung. Die verschiedenen Strömungen des Politischen Islam stellen jedoch eine moderne Antwort auf die Herausforderungen der → Moderne dar, die Elemente der Religion des Islam ideologisiert und zu einem politischen Programm erklärt.

Ideologisierung einer Religion

Staat und Religion

Alle großen → Offenbarungsreligionen sind entstanden, als es die moderne Trennung beziehungsweise relative Autonomie von Staat, Gesellschaft, Ökonomie und eben Religion noch nicht gab. Der moderne Staat, der sich in der Neuzeit in einer Koevolution mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem herausgebildet hat¹, ist erst mindestens ein Jahrtausend nach dem Entstehen der letzten großen → monotheistischen Offenbarungsreligion, des Islam, entstanden. Es ist deshalb auch wenig erstaunlich, dass in allen heiligen Texten der abrahamitischen Religionen, also des Judentums, des Christentums und des Islam, nicht nur spirituelle und theologische Fragen behandelt werden, sondern auch gesellschaftliche, rechtliche, ökonomische und politische. Sowohl in der (jüdischen) Bibel, dem christlichen Neuen Testament als auch im Koran finden sich Texte, die sich mit Fragen beschäftigen, die wir heute – nach der Trennung von Politik und Religion – als politisch und nicht als religiös betrachten würden.

Offenbarungsreligionen älter als der moderne Staat

In vormodernen Gesellschaften, in denen diese relative Autonomie von Staat, Ökonomie und Religion (noch) nicht gegeben war, widersprach dies nicht der jeweils vorherrschenden Gesellschaftsordnung. Erst mit der Entstehung moderner und säkularer Staaten stellten diese gesellschaftlich-politischen Elemente der Religionen einen Übergriff auf die Sphäre des Staates und des Rechts dar. So entwickelten sich als Antwort auf die → Säkularisierung der politischen Macht Abwehrbewegungen, die sich gegen diese Säkularisierung wehrten, damit aber auch die Religion veränderten und in eine Ideologie verwandelten, die nun in einem politischen Wettbewerb mit anderen Ideologien stand.

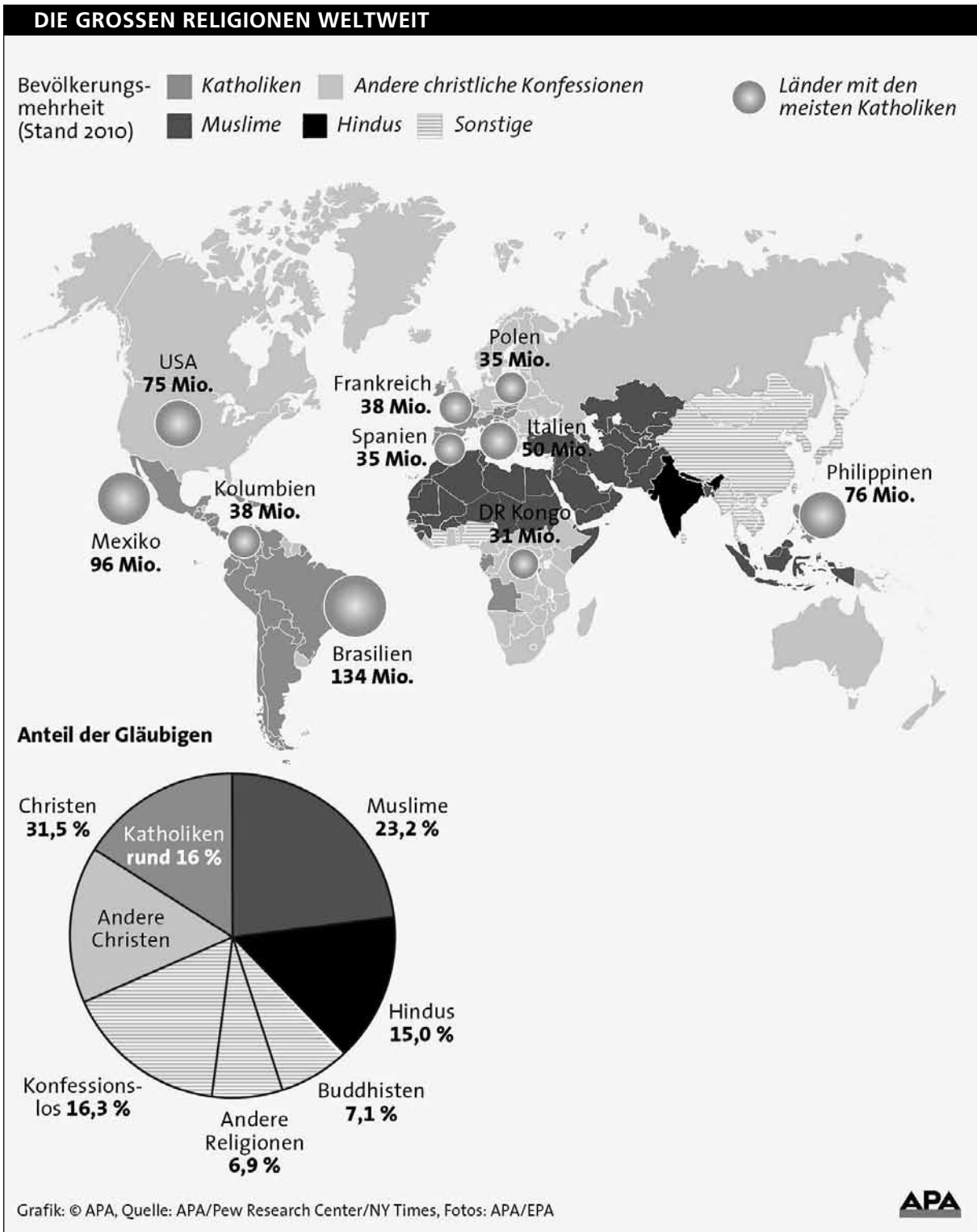
Abwehrbewegungen zur Säkularisierung

Moderne Gegenbewegungen zur Säkularisierung

Unabhängig von der jeweiligen Religion haben sich als Antwort auf diese → Säkularisierung politische Gegenbewegungen dazu entwickelt, die damit zwar gegen die Säkularisierung gerichtet, zugleich aber auch deren Resultat sind. Bei alledem handelt es sich also nicht um traditionelle religiöse Bewegungen oder um rückständigen Traditionalismus, sondern um moderne politische Bewegungen, die sich als solche gegen die säkulare → Moderne richten und stattdessen einen (vermeintlichen) Rückgriff auf die Einheit von Religion und Staat propagieren.

Einheit von Religion und Staat wird gefordert

Dies trifft auf den protestantischen Fundamentalismus in den USA, den katholischen *intégrisme* (Fundamentalismus) in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Frankreich oder den jüdischen Fundamentalismus ebenso zu wie für die verschiedenen Strömungen des Politischen Islam.



ChristInnen bildeten im Jahr 2010 mit 31,5 Prozent der Weltbevölkerung die größte religiöse Gemeinschaft weltweit. In dieser Gruppe sind auch die KatholikInnen beinhaltet, die rund 16 Prozent der Weltbevölkerung ausmachten. Die zweitgrößte Gemeinschaft bildeten mit 23,2 Prozent die MuslimInnen. 16,3 Prozent der Bevölkerung weltweit waren 2010 ohne Konfession. Damit bildeten diese Menschen eine größere Gruppe als jeweils die KatholikInnen, die Hindus oder die BuddhistInnen.

Die sich überwiegend gegen MuslimInnen richtenden hinduistischen und buddhistischen Fundamentalismen in Indien, Sri Lanka oder Myanmar (Burma) haben zwar teilweise unterschiedliche Entstehungskontexte, zeigen allerdings, dass keineswegs nur → monotheistische Religionen als Basis für solche Ideologisierung und Politisierung tauglich sind. Diese Bewegungen richten sich dabei nicht nur gegen die säkulare Moderne, sondern immer auch gegen andere Religionen. So hetzt etwa die vom buddhistischen Mönch Ashin Wirathu geführte buddhistisch-fundamentalistische Bewegung Myanmars seit 2012 immer wieder die buddhistische Bevölkerung zu → Pogromen gegen Angehörige der auch staatlich diskriminierten muslimischen Minderheit auf, was schon zu „ethnischen Säuberungen“ ganzer Landstriche geführt hat. In Indien richtet sich der Hindu-Fundamentalismus der *Rashtriya Swayamsevak Sangh* (RSS) oder der militanten *Vishwa Hindu Parishad* maßgeblich gegen MuslimInnen und ChristInnen. All diese Bewegungen zielen letztlich auf religiös legitimierte politische Ordnungen und religiös homogene Gesellschaften ab.

Bewegungen gegen andere Religionen

Ziel: religiös homogene Gesellschaften

Islam und Kolonialismus

Die islamische Welt kam im 19. und 20. Jahrhundert zunehmend unter die Herrschaft europäischer nichtmuslimischer Kolonialreiche. Mit dem Zusammenbruch des → Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg, der Gründung der türkischen Republik 1923 und der Abschaffung des → Kalifats 1924 fand die symbolische Einheit von politischer Herrschaft und Religion im → sunnitischen Islam² ihr Ende.

Europäische nichtmuslimische Reiche

Die späten 1920er- und 1930er-Jahre waren in der Folge von innerislamischen Debatten über die politische und militärische Niederlage gegenüber Europa und die Führungskrise der islamischen (sunnitischen) *umma*, der islamischen Gemeinschaft, geprägt. Während einige islamische Intellektuelle wie Ali Abd ar-Raziq durchaus in einer islamischen Argumentationsweise für die Trennung von Religion und Staat plädierten und das → Kalifat für obsolet erklärten³, versuchten andere Bewegungen einen neuen Kalifen zu etablieren oder wie der Volksschullehrer Hassan al-Banna eine „Islamisierung“ der Politik von unten, von der Gesellschaft her, durchzusetzen.

Q Sunnitischer Islam

SunnitInnen bilden die größte Konfession im Islam, in den meisten muslimischen Ländern stellen sie die Bevölkerungsmehrheit. *sunna* bedeutet „Tradition“, hier ist die des Propheten gemeint, und man bezieht sich auf eine Sammlung von dessen Aussprüchen und Gebräuchen, die als Anleitung im Glauben und im Alltag dienen sollen.

Q Muslimbruderschaft (ägyptische)

Die Muslimbruderschaft ist eine sehr große und einflussreiche sunnitisch-islamistische Organisation im Nahen Osten. Gegründet wurde sie 1928 in Ägypten, es gibt jedoch Tochterorganisationen in den meisten arabischen Ländern. Ihre Basis bilden soziales Engagement und Wohlfahrt, wodurch sich ihre große Beliebtheit gerade in ärmeren Bevölkerungsschichten und ihr starker Organisationsgrad erklären lassen. In den meisten arabischen Staaten unterhalten die Muslimbrüder auch eine politische Partei. Insgesamt vertritt die Bruderschaft eher gemäßigte islamistische Positionen, es gibt aber auch gewaltbereite Gruppen.

Die 1928 von Hassan al-Banna gegründete → Muslimbruderschaft, die sich als islamische Bewegung gegen die britische Protektoratsherrschaft, aber auch als Bewegung zur Durchsetzung eines nicht näher definierten islamischen politischen Systems verstand, sollte ab den 1950er-Jahren zu einer der wichtigsten Strömungen des Politischen Islam werden. Heute regieren Parteien, die aus der Muslimbruderschaft hervorgegangen sind, den Gaza-Streifen und in einer Koalitionsregierung Tunesien.

Gründung der Muslimbruderschaft

Parallel dazu hatten sich auch andere islamische Strömungen mit der Frage



© MOHAMMED SABER / EPA / picturedesk.com

2012 wurde bei den ägyptischen Präsidentschaftswahlen der Vertreter der Muslimbruderschaft zum Präsidenten gewählt. Nach lange andauernden Protesten gegen ihn, seine Politik und die Bruderschaft wurde er 2013 durch einen Militärrat abgesetzt und inhaftiert. Die Rolle der Muslimbrüder in Ägypten ist seither ungewiss.

auseinandergesetzt, wie die islamische Welt, die sich selbst immer als siegreiche und kulturell überlegene Gesellschaft verstand, der Macht des „christlichen“ Europa hatte unterliegen können. Eine Antwort lag darin, dass die MuslimInnen selbst den ursprünglichen Islam verlassen und damit ihre Überlegenheit eingebüßt hätten. Daraus entwickelte sich eine Strömung, die ein Zurück zu den „rechtschaffenen Altvorderen“, den *as-salaf aš-šāliḥ* verlangte, wobei durchaus Unterschiedliches darunter verstanden wurde. Alle sich daraus entwickelnden Strömungen, die sich an diesen frommen Altvorderen orientierten, werden als *sala-fiyya* bzw. im Deutschen als Salafiten bzw. → Salafisten⁴ bezeichnet.

Mit der Eroberung der heiligsten Stätten des Islam → Mekka und → Medina im Jahr 1924, die bis dahin vom Herrscherhaus der Haschemiten regiert worden waren, erlangte schließlich auch eine → sunnitische Sekte gesamt-

islamische Bedeutung, die bis dahin ein eher regionales Phänomen im Inneren der arabischen Halbinsel dargestellt hatte: der im 18. Jahrhundert entstandene → Wahhabismus.

Wahhabismus

Bündnis mit den Saudis im 18. Jh.

Der von 1703 in der zentralarabischen Wüstenregion Nadschd geborene hanbalitische⁵ Gelehrte Muhammad ibn Abd al-Wahhab, der die strenge hanbalitische Rechtschule des → sunnitischen Islam überwiegend über die Schriften des extrem konservativen Rechtsgelehrten Ibn Taimiya (1263–1328) kennen gelernt hatte, ging 1745 ein Bündnis mit dem Beduinscheich Muhammad ibn Saud ein. Im Bündnis mit der politischen Macht der Saudis konnte Abd al-Wahhab seine eigene Lehre verbreiten und radikalisierte seinen Hanbalismus zu einer extrem puritanischen Form des Islam, die eine wörtliche Koran-Auslegung propagierte, aus der ein anthropomorphes (vermenschlichtes) Gottesbild folgte und sich gegen die islamische Theologie, gegen den → Sufismus⁶ und gegen alle anderen Rechtsschulen wandte. Im Gegensatz zu anderen sunnitischen Strömungen halten WahhabitInnen andere nichtwahhabitische MuslimInnen nicht für wahre MuslimInnen. Insbesondere die volksreligiöse Heiligenverehrung oder den Sufismus halten WahhabitInnen für einen Rückfall in den → Polytheismus und damit für Unglauben.

Wörtliche Koran-Auslegung gefordert

Mittels Jihad weltliche Macht der Saudis aufgebaut

Im Kontext der regionalen Stammeskongflikte im Inneren der Arabischen Halbinsel propagierte Abd al-Wahhab schließlich den → Jihad⁷ gegen andere nichtwahhabitische Stämme in Zentralarabien und half den Saudis damit bei der Errichtung eines größeren Herrschaftsgebietes, das jedoch zweimal wieder zusammenbrach, ehe der dritte saudische Staat schließlich in den 1920er-Jahren auch die heiligen Stätten des Islam erobern konnte.

Nachfolger der Kalifen

Mit der Herrschaft der Saudis über → Mekka und → Medina erlangte der → Wahhabismus erstmals überregionale Bedeutung, da sich die wahhabitischen Saudis nun auch als „Hüter der heiligen Stätten“ und damit gewissermaßen als Nachfolger der im selben Jahr abgesetzten Kalifen in Szene setzen konnten. Verstärkt wurde dieser Effekt v.a. nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Erdöleinnahmen Saudi-Arabiens, die u.a. auch zur Finanzierung weltweiter wahhabitischer Missionsprojekte verwendet wurden.

Kemalismus und Politischer Islam

In der Türkei wurde 1924 nicht nur das → Kalifat abgeschafft, sondern damit auch eine autoritäre → Säkularisierungspolitik unter Mustafa Kemal eingeleitet, die das Ziel hatte, den Islam aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Obwohl sich Mustafa Kemal – der später den Ehrennamen Atatürk erhalten sollte – dabei am französischen → Laizismus orientierte, ging es im türkischen Modell weniger darum, Staat und Religion klar zu trennen, als die Religion unter die Kuratel des Staates zu stellen und aus dem öffentlichen Raum zurückzudrängen.

Die türkische Regierung ließ alle Sufi-Orden verbieten und stellte alles religiöse Leben unter strikte staatliche Kontrolle. Alles, was außerhalb dieses verstaatlichten Islam existierte, wurde als potenziell feindlich wahrgenommen und musste mit Repression rechnen. Deshalb spielten im sich in Opposition zum → Kemalismus herausbildenden Politischen Islam der Türkei einige Sufi-Orden oder ähnliche Gemeinschaften eine wichtige Rolle.



© Paul Almasy / akg-images / picturedesk.com

Während des Kemalismus wurde die Säkularisierung in der Türkei nach französischem Vorbild vorangetrieben. Hier eine Straßenszene aus Istanbul 1951.

Parteien des Politischen Islam begannen erst nach dem rechts gerichteten Militärputsch von 1980 eine bedeutende Rolle zu spielen, wobei sich parallel zu den mehrmals verbotenen Parteien unter Necmettin Erbakan (1926–2011) auch in Europa die mit diesen verbundene Bewegung → Millî Görüş⁸ herausbildete.

Kalter Krieg und Politischer Islam

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das internationale politische System über Jahrzehnte vom Ost-West-Konflikt dominiert. Die Bündnispolitik beider Supermächte war primär von der Positionierung innerhalb dieses Konfliktes abhängig. Saudi-Arabien wurde zum wichtigsten arabischen Verbündeten der USA, dessen Bedeutung für den Westen nach der Revolution im Iran 1979 noch zunahm. Die USA und Europa betrachteten die Entwicklung im Iran als Bedrohung für den eigenen Einfluss in der Region, da diese einen pro-westlichen Monarchen zu Fall gebracht hatte, der als Hauptverbündeter des Westens in der Region galt. Diese Revolution, in der sich nach anfänglich sehr breiter Beteiligung der Bevölkerung schließlich die Gruppe um Ayatollah Khomeini durchsetzen konnte, die daraus eine → „islamische Revolution“ machte, blieb jedoch aufgrund der Zugehörigkeit des Iran zum → schiitischen Islam von begrenzter Ausstrahlungskraft auf den → sunnitischen Islam. Für diesen spielte die Verbreitung der → Muslimbruderschaft, durch die Flucht Tausender Muslimbrüder vor dem Regime Gamal Abd al-Nassers in Ägypten und die Unterstützung verschiedener Strömungen des Politischen Islam durch Saudi-Arabien, eine wesentlich größere Rolle.

**Autoritäre
Säkularisie-
rungspolitik**

Q Schiitischer Islam

SchiitInnen stellen neben den SunnitInnen die zweitgrößte Konfession des Islam mit etwa 15 Prozent der MuslimInnen. Bereits wenige Jahre nach dem Tod des Propheten Mohammed kam es zur Spaltung zwischen Schia und Sunna, weil man sich nicht über die Nachfolge einigen konnte. *schia* bedeutet wörtlich „Partei“, und zwar jene Alis, des Schwiegersohns von Mohammed, und bezeichnet die Gruppe, die nur Verwandte des Propheten als legitime Anführer der MuslimInnen akzeptiert. Heute leben SchiitInnen hauptsächlich im Iran, in Aserbaidschan, im Irak, in Bahrain, Jemen, im Libanon und als Minderheit in Syrien, Kuwait, Afghanistan und Pakistan.

Meilensteine der Radikalisierung

Repression gegen Muslimbrüder

Einen Wendepunkt in der Radikalisierung von Teilen des arabischen Politischen Islam stellt die Repression gegen die Muslimbrüder unter dem autoritären ara-

bisch-nationalistischen Militärdiktator Ägyptens Gamal Abd al-Nasser dar, der nicht nur Tausende ins Exil trieb. Er lieferte damit auch die Grundlage dafür, dass mit Sayyid Qutb einer der führenden Intellektuellen der Muslimbruderschaft zu dem Schluss kam, die ägyptische Gesellschaft sei in die vorislamische Zeit der Unwissenheit (*jahiliyyah*) zurückgefallen und deshalb wäre nicht nur der Staat, sondern auch die Gesellschaft zu bekämpfen.⁹

Bruch mit der Gesellschaft

Die Hinrichtung Qutbs 1966 verhinderte zwar, dass dieser näher ausführen hätte können, was genau er sich unter diesem Kampf vorstelle, erzeugte aber zugleich einen Märtyrer für den extremistischen Politischen Islam. Seine AnhängerInnen erklärten nun im Sinn von Qutbs Theorie die gesamte ägyptische Gesellschaft für unislamisch, was die ideologische Grundlage des Bruchs mit der Gesellschaft lieferte.



© wikimedia

Während die afghanischen Glaubenskämpfer in den 1970er-Jahren noch die Verbündeten der USA waren, sind jihadistische Gruppen nun der Hauptfeind der USA.

Afghanistan und der Weg zum Jihadismus

Der Krieg in Afghanistan bildete schließlich das erste Schlachtfeld, auf dem sich jene Teile des Politischen Islam, die sich zum → Jihadismus radikalisiert hatten, in ihrem Kampf gegen die sogenannten „Gottlosen“ austoben konnten. Gemeint waren damit die afghanischen KommunistInnen, die dort 1978 die Macht übernommen hatten, und die sowjetische Armee, die 1979 einmarschiert war, um auf Seiten der kommunistischen Regierung gegen die islamische Opposition zu intervenieren.

Bestand diese Opposition anfangs noch aus lokalen Stammesführern, konservativen – und teilweise auch → maoistischen – Parteien und Gruppen, wurde sie bald durch eine Reihe von Freiwilligen aus verschiedensten islamischen Staaten unterstützt, die im Krieg in Afghanistan einen → Jihad sahen. Einige islamische Staaten waren froh, auf diese Weise ihre eigene politisch-

islamische Opposition entsorgen zu können. Zugleich benötigte der Westen islamische Freiwillige für den Stellvertreterkrieg mit der Sowjetunion.

Vorläufer von al-Qaida

Verschiedenste Fraktionen der afghanischen *mujaheddin*¹⁰ wurden von Saudi-Arabien, Pakistan und den USA finanziell und militärisch unterstützt und konnten dabei jene Kampferfahrung sammeln, die später auch an anderen Schauplätzen eines global verstandenen → Jihad – wie in Tschetschenien, Bosnien und später im Irak – benötigt wurde. In Afghanistan entstanden auch jene Netzwerke, die später zu → al-Qaida werden sollten.



© Hubert Michael Boesl / EPA / picturedesk.com

Am 11. September 2001 fielen nahezu 3.000 Menschen den von der al-Qaida geplanten und durchgeführten Terroranschlägen in den USA zum Opfer. Innerhalb weniger Minuten flogen zwei von insgesamt vier gekidnappten Flugzeugen in die Türme des World Trade Center in New York. Die Terroranschläge hatten nicht nur einen Riss zwischen den verschiedenen Strömungen des Politischen Islam zur Folge, sondern waren Auslöser des von den USA 2001 in Afghanistan begonnenen Kriegs.

Sammelbegriff für unterschiedliche Bewegungen

9/11 und die Spaltung des Politischen Islam

Der Politische Islam war nie eine einheitliche Bewegung, sondern ist als Sammelbegriff zu verstehen, der unterschiedliche Bewegungen beschreibt, die den Islam eben nicht nur als Religion, sondern auch als politisch-ideologisches Projekt sehen. Mit den Angriffen von → al-Qaida vom 11. September 2001 verstärkt sich allerdings der Riss, der sich international zwischen den verschiedenen Strömungen des Politischen Islam entlang der Frage des → Jihad entwickelt hatte.

Dabei geht es weniger grundsätzlich um die Frage der Gewalt an sich als um die Frage, wer das Recht hat, einen → Jihad auszurufen, und wer im Falle eines Jihads ein legitimes militärisches Ziel darstellt. Die immer brutaleren Anschläge von → al-Qaida und anderen jihadistischen Gruppen, insbesondere im Irak, wo sie Großteils andere MuslimInnen trafen, führten zu einer Distanzierung der politisch-islamischen Massenbewegungen wie der → Muslimbruderschaft oder der türkischen → Millî Görüş von den jihadistisch-terroristischen Gruppen.

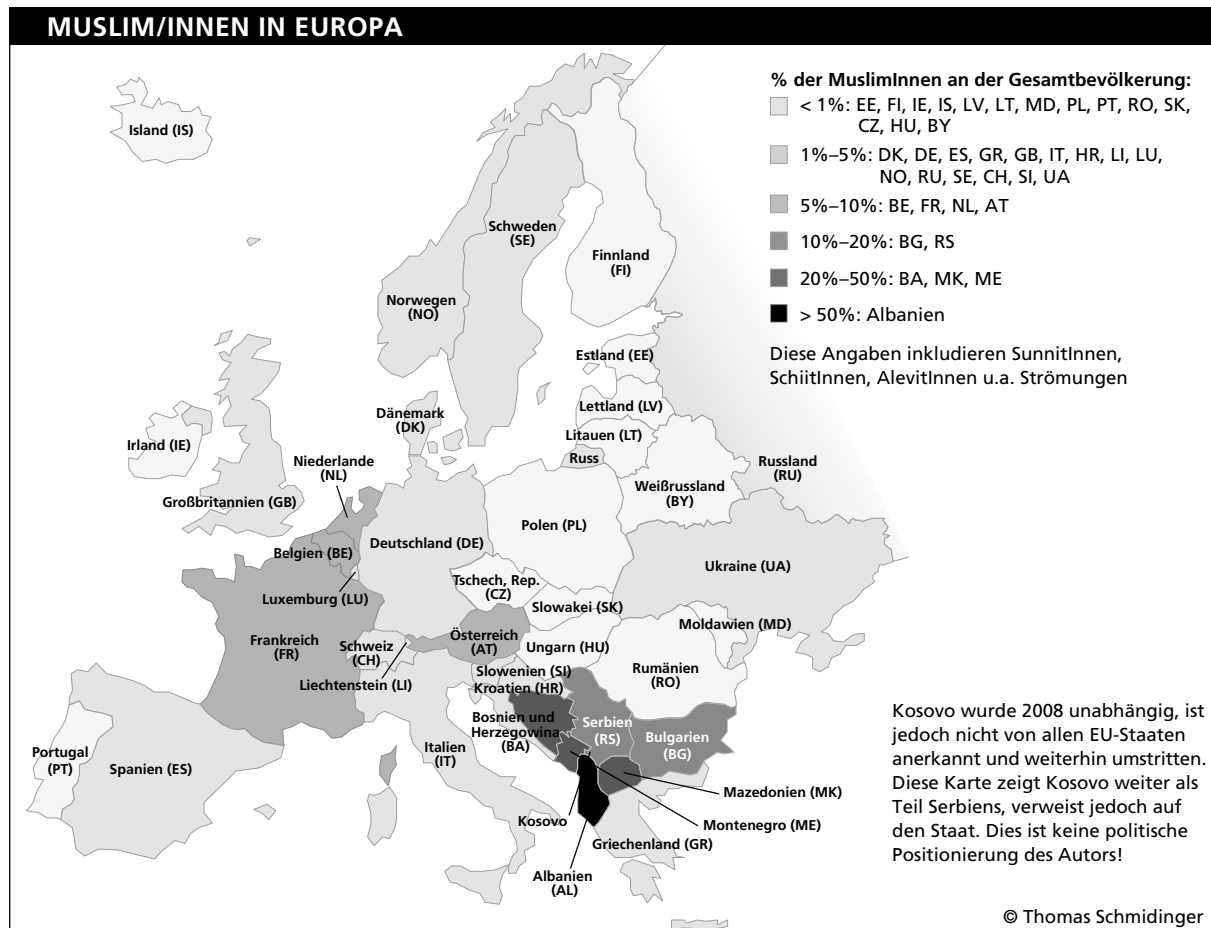
Distanzierung zu terroristischen Gruppen

Zwar schwor die → Muslimbruderschaft nie der Gewalt insgesamt ab und die von ihrer palästinensischen Organisation gegründete → Hamas führt bis heute immer wieder Anschläge auf israelische militärische und zivile Ziele durch. Allerdings lehnte sie die Gewalt gegen MuslimInnen ab und distanzierte sich deutlich von den terroristischen Anschlägen der → al-Qaida. Dies gilt insbesondere für die gemäßigteren Teile der → Muslimbruderschaft und ihre Vertreter in Europa, die im letzten Jahrzehnt zunehmend Diskussionen um die Möglichkeiten einer „islamischen Demokratie“ führten.

Gemäßigtere, aber nicht gewaltfreie Positionen

Diese Diskussionen blieben jedoch innerhalb der Bewegung nicht unwidersprochen und blieben letztlich eine Antwort auf die Frage schuldig, was eine solche Demokratie von einer anderen Demokratie unterscheidet bzw. was an einem Staat, der Elemente des islamischen Rechts doktrinär festlegt, noch demokratisch wäre.

Noch keine Antworten



Albanien ist das einzige europäische Land, in dem die MuslimInnen mit über 50 Prozent die absolute Bevölkerungsmehrheit stellen. Unter den EU-Staaten hat nur Bulgarien einen Anteil von über 10 Prozent MuslimInnen an der Bevölkerung. Die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und die Niederlande, aber auch Österreich haben mit 5 bis 10 Prozent einen vergleichsweise hohen muslimischen Bevölkerungsanteil im EU-Vergleich.

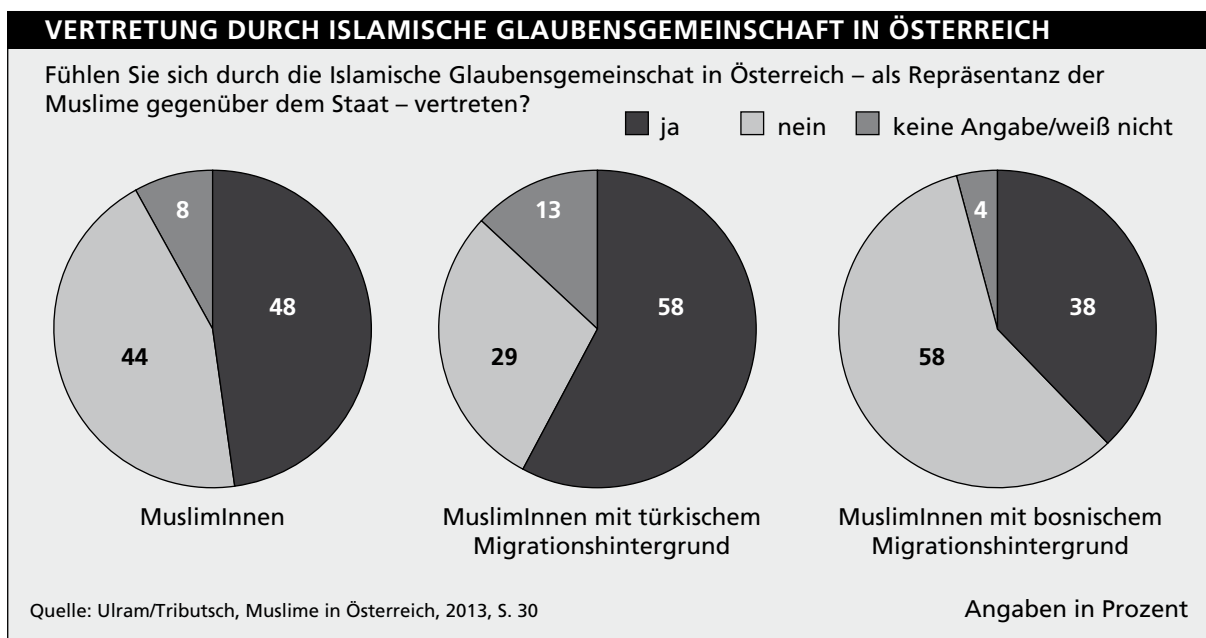
Politischer Islam in der Diaspora

Der Politische Islam ist in den meisten Teilen Europas – mit Ausnahme der Gebiete mit einer islamischen Mehrheit in Südosteuropa – in einem anderen Kontext entstanden als in den islamischen Gesellschaften. Der europäische → Diaspora-Islam stellt eine religiöse Minderheit dar. Eine politische Machtergreifung ist als politisches Ziel in dieser Situation ohnehin unvorstellbar. Manche Organisationen, wie die Hizb ut-Tahrir, die die Wiedererrichtung des → Kalifats zu ihrem Hauptziel erhoben hat, sehen die islamische Präsenz in Europa gar nur als vorübergehendes Exil bis zur Errichtung eines Kalifats an.¹¹

Europa als Missionsgebiet Einige missionarische neo-salafitische Gruppen sehen Europa allerdings als Missionsgebiet und konvertieren seit einigen Jahren durchaus mit einem gewissen Erfolg Jugendliche zu ihrer Interpretation des Islam – auch solche aus nichtislamischen Familien.

Die meisten Organisationen des politisch-islamischen Mainstreams versuchen allerdings v.a. innerhalb der muslimischen Communities in Europa an Einfluss zu gewinnen und treten oft auch gegenüber nichtmuslimischen AnsprechpartnerInnen aus Staat und Gesellschaft als „Sprecher der Muslime“ auf. In Wirklichkeit sind allerdings jeweils nur Minderheiten innerhalb der muslimischen Communities in solchen Organisationen aktiv. In allen europäischen Staaten ist nur eine Minderheit der MuslimInnen überhaupt organisiert. Trotzdem dominieren Organisationen des Politischen Islam das öffentliche Bild des Islam, da diese oft gut organisiert sind und sich auch als Ziel von Ressentiments antiislamischer Organisationen eignen.

Eng mit Herkunftsland verbunden Diese größeren Organisationen sind fast überall noch eng mit ihren „Mutterorganisationen“ im Herkunftsland verbunden und verfügen über eine ethnisch weitgehend homogene Mitgliedschaft. Lediglich die radikaleren neo-salafitischen Gruppen haben großteils junge Mitglieder gemischter Herkunft, teilweise auch aus binationalen oder nichtmuslimischen Familien.



MuslimInnen türkischer Herkunft fühlen sich durch die Islamische Glaubensgemeinschaft eher vertreten als jene mit bosnischem Migrationshintergrund. Betrachtet man diese beiden größten muslimischen Gruppen in Österreich gemeinsam, so fühlen sich zwar 48 Prozent gegenüber dem österreichischen Staat vertreten, aber signifikante 44 Prozent nicht.

Politischer Islam in Österreich

Auch in Österreich sind die größten Organisationen des Politischen Islam weiterhin mit den Herkunftsländern muslimischer MigrantInnen verknüpft. Insgesamt ist allerdings nur eine Minderheit der MuslimInnen in Österreich in einer solchen Vereinigung organisiert. Es gibt zwar keine klaren Zahlen über die Mitgliedschaft in islamischen Organisationen, allerdings ist davon auszugehen, dass insgesamt höchstens 20 Prozent der MuslimInnen überhaupt Mitglied in einem Moscheevereine oder einer anderen islamischen Vereinigung sind. Davon sind wiederum nicht alle dem organisierten Politischen Islam zuzurechnen.

**Nur
Minderheit
in Vereinen**

ISLAM IN ÖSTERREICH

Religiosität von MuslimInnen in Österreich

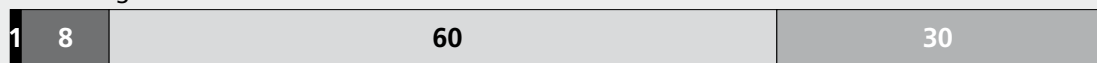
Im Rahmen einer im Auftrag des Integrationsstaatssekretariats 2012 durchgeführten Studie wurden in Österreich lebende MuslimInnen mit türkischem und bosnischem Migrationshintergrund zu ihrer Religiosität und ihren Werten befragt.¹ Auch in dieser Studie werden Daten zu Gebetshäufigkeit, zur Häufigkeit des Moscheebesuchs sowie zur persönlichen Einschätzung der eigenen Religiosität erhoben.

Subjektive Gläubigkeit österreichischer MuslimInnen

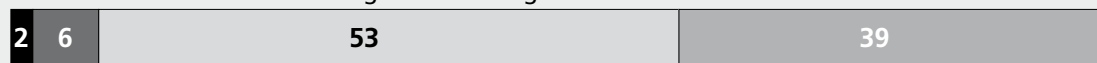
Als wie gläubig würden Sie sich selbst beschreiben?

■ gar nicht gläubig ■ eher nicht gläubig □ eher gläubig ■ eher stark gläubig

alle Befragten



MuslimInnen mit türkischem Migrationshintergrund



MuslimInnen mit bosnischem Migrationshintergrund



Quelle: Ulram/Tributsch, Muslime in Österreich, 2013, S. 10

Angaben in Prozent

Einem Prozent der gar nicht gläubigen MuslimInnen stehen dreißig Prozent gegenüber, die sich selbst als sehr stark gläubig beschreiben. Sechzig Prozent bezeichnen sich als eher gläubig und acht Prozent als eher nicht gläubig.

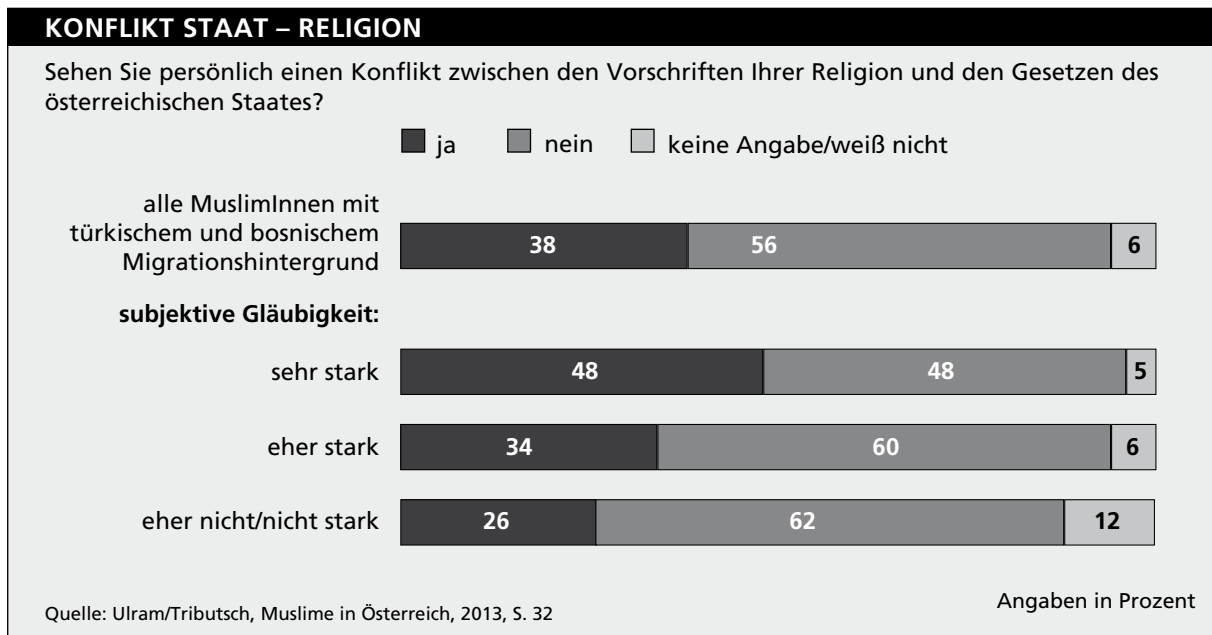
Gläubigkeit, Gebetshäufigkeit und Moscheebesuche

Bei der Frage danach, **wie gläubig** sich die Befragten selbst einschätzen, bezeichnet sich ein sehr hoher Prozentsatz von 90 Prozent als eher bzw. sehr stark gläubig. Auch in Bezug auf die **Gebetshäufigkeit** und die Frequenz des **Moscheebesuchs** weisen die österreichischen MuslimInnen hohe Werte auf: So beten 26 Prozent der Befragten fünfmal am Tag. Zählt man diese Gruppe mit jenen, die zwei- bis viermal am Tag, einmal am Tag und häufiger als einmal in der Woche beten, zusammen, kommt man auf 47 Prozent der Befragten. 8 Prozent gaben an, nur zu den Festtagen (Ramadan, Opferfest) zu beten, 10 Prozent seltener als das, und 9 Prozent sagten, nie zu beten.

36 Prozent der MuslimInnen gehen einmal in der Woche oder häufiger in die Moschee. 38 Prozent besuchen die Moschee ein paar Mal im Jahr bzw. nie.

Diese Zahlen weisen darauf hin, dass Religion und auch die religiöse Praxis für die MuslimInnen in Österreich einen großen Stellenwert haben.

1 Ulram, Peter/Tributsch, Silvia: Muslime in Österreich. Wien 2013, abrufbar unter http://www.integration.at/media/files/studien/Muslime_in_Oesterreich.pdf (Stand 11.9.2013)



Die Mehrheit von 56 Prozent der befragten österreichischen MuslimInnen sieht keinen Konflikt zwischen den Gesetzen ihrer Religion und dem österreichischen Recht. Bei jenen, die sich selbst als sehr stark gläubig einschätzen, ist die Gruppe derer, die einen Konflikt zwischen religiösem und staatlichem Recht sehen, mit 48 Prozent gleich groß wie die Gruppe, die keinen Konflikt sieht. 62 Prozent der laut Selbsteinschätzung eher nicht stark gläubigen MuslimInnen sehen ebenfalls keinen Konflikt. Aber immerhin 26 Prozent erkennen selbst in dieser Gruppe einen Konflikt.

Mehrheit: kein Konflikt Islam-Gesetze Im Gegensatz zu Deutschland gibt es in Österreich auch nur relativ wenige qualitative Studien über die politischen Einstellungen der muslimischen im Vergleich zur nichtmuslimischen Bevölkerung. Laut einer IFES-Studie, die im Frühling 2012 im Auftrag des Integrationsstaatssekretärs durchgeführt wurde, sahen 56 Prozent der österreichischen MuslimInnen keinen Konflikt zwischen den österreichischen Gesetzen und ihrer Religion, 36 Prozent nehmen einen Konflikt wahr.¹²

Säkularer Staat und Islam kein Widerspruch Einstellungen zur Demokratie oder spezifische Fragen zur Ideologie wurden zwar nicht abgefragt. Immerhin kann dies jedoch als Hinweis darauf betrachtet werden, dass die Mehrheit der muslimischen Bevölkerung keinen Widerspruch zwischen dem säkularen Staat und ihrer Religion erkennt und somit auch nicht für politisch-islamische Ideologien empfänglich ist, während eine signifikante Minderheit allerdings durchaus einen Widerspruch wahrnimmt. Die Studie sagt allerdings nichts Konkretes darüber aus, wie viele MuslimInnen in Österreich mit unterschiedlichen Strömungen des Politischen Islam letztlich tatsächlich sympathisieren.

Größte Organisationen und Strömungen türkisch Da die Mehrheit der österreichischen MuslimInnen türkischer Herkunft ist – allerdings mittlerweile die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt –, sind die größten Organisationen und Strömungen des Politischen Islam wie die Islamische Föderation (→ Millî Görüş), die den Süleymanlılar zuzurechnende Union Islamischer Kulturzentren, die Fethullah-Gülen-Bewegung mit ihren verschiedenen Bildungseinrichtungen oder die Nizam-e Âlem – eine islamisierte Abspaltung der rechtsextremen Grauen Wölfe – türkischen Ursprungs.

Andere muslimische Communities In der relativ kleinen arabisch-muslimischen Community sind v.a. Vereine mit einem Naheverhältnis zur → Muslimbruderschaft präsent. In der albanischen, afghanischen und pakistanischen Community sind nur kleine Gruppen des Politischen Islam der Herkunftsländer aktiv. Im Zuge der islamischen Revolution im Iran sind zudem einige

ÖsterreicherInnen – v.a. ehemalige MaoistInnen – zum → schiitischen Islam konvertiert und spielen heute in jenen Organisationen eine wichtige Rolle, die dem iranischen Regime nahestehen.

Nach den Türkei-stämmigen bilden die serbokroatischsprachigen MuslimInnen aus Bosnien, dem Sandschak (Teile Montenegros, Serbiens und des Kosovo), aus Mazedonien und dem Kosovo die zweitgrößte muslimische Gruppe in Österreich. Der Großteil der von diesen südslawischen MuslimInnen besuchten Moscheen gehört einem Dachverband an, der dem offiziellen *reis ul-ulama*, dem staatlich anerkannten Oberhaupt der bosnischen MuslimInnen, untersteht. Nur kleinere Gruppen propagieren verschiedene Ansätze eines radikalisierten Politischen Islam unter der slawischsprachigen muslimischen Bevölkerung in Österreich. Wien wurde diesbezüglich auch immer wieder von bosnischen Stellen wie dem ehemaligen Großmufti (*reis ul-ulama*, d.h. Oberhaupt der Rechtsgelehrten) Mustafa Efendi Cerić als zentrale Schaltstelle für extremistische Aktivitäten in Bosnien genannt. Im Gegensatz zu den Gruppen um die Prediger Muhamed Porča und Nedžad Balkan, die fast ausschließlich unter slawischsprachigen MuslimInnen missionieren, predigt Ebu Tejma auf Deutsch und spricht mit seiner Website „Der wahre Weg“ Jugendliche unterschiedlicher Herkunft an.

Q AlevitInnen

Die AlevitInnen sind eine aus dem schiitischen Islam hervorgegangene heterodoxe (d.h. von der offiziellen Lehre abweichende) Strömung des Islam, die v.a. in Anatolien verbreitet ist und durch die Migration auch nach Österreich gekommen ist. AlevitInnen beten nicht in Moscheen, sondern in Cem-Häusern und haben eine Fülle anderer religiöser Traditionen als klassische SchiitInnen und SunnitInnen. Deshalb ist ihr Verhältnis zum Islam auch unter den AlevitInnen selbst umstritten. Eine alevitische Strömung, die sich selbst innerhalb des Islam verortet, wurde im Mai 2013 als Islamisch Alevitische Glaubensgemeinschaft in Österreich offiziell anerkannt und damit mit der sunnitisch dominierten Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) gleichgestellt.

Subkultureller Salafismus

Ebu Tejma zählt in vielfacher Hinsicht zu einer jüngeren Generation extremistischer salafitischer Prediger, die nicht mehr auf eine bestimmte Herkunftsgruppe konzentriert sind, sondern Jugendliche unterschiedlicher Herkunft ansprechen. Zu dieser jüngeren radikalen neo-salafitischen Szene zählen auch die Aktivisten der 2012 in Deutschland verbotenen Gruppierung Millatu Ibrahim um den Österreicher Mohamed Mahmoud, der – sich seiner vierjährigen Haftstrafe von 2007 bis 2011 rühmend – in der deutschen salafitischen Szene einen gewissen Einfluss erlangen konnte. Mohamed Mahmoud wurde im März 2013 in der Türkei auf dem Weg nach Syrien verhaftet. Als sein Stellvertreter in Österreich agiert ein steirischer ehemaliger rechtsextremer Boxer, der sich seit seiner Konversion zum Islam Muhammad Siddiq nennt.

Der → Salafismus verstärkt seine Attraktivität unter Diaspora-MuslimInnen dadurch, dass er eine Deutung und Sinnggebung für eigene Minderheiten- und Diskriminierungserfahrungen ermöglicht, indem er eine Parallele zwischen den „Fremden“ von heute und den „Fremden“ zieht, die als kleine Gruppe gläubiger MuslimInnen mit dem Propheten von → Mekka nach → Medina „in die Fremde“ gezogen sind. So erfreut sich etwa ein aus Ägypten stammender *nashid*, also ein religiöser Gesang ohne Instrumentalisierung, besonderer Beliebtheit unter SalafitInnen. Der *nashid al-ghurabaa* („Die Fremden“) bezieht sich auf einen weit verbreiteten an sich harmlosen *hadith*, einen überlieferten Ausspruch des Propheten: „Der Islam begann als etwas Fremdes und wird als etwas Fremdes wiederkommen. Also gute Nachrichten für den Fremden.“ (*sahih muslim: kitab al-iman, hadith 270* nach Abu Huraiyrah)

**Sinnggebung
für eigene
Diskriminierungserfahrungen**

Dieser *hadith* bezieht sich eigentlich nur auf die Vertreibung des Propheten Muhammed aus Mekka. Im Kontext des europäischen → Diaspora-Islam kann der Text des daraus

abgeleiteten *nashīd* besonders kraftvoll wirken, da er dem Diaspora-Dasein der Muslime „in der Fremde“ einen religiösen Sinn verleiht. Die Diskriminierungen, die muslimische Jugendliche in Europa erleben, werden so mit Sinn versehen. Am Ende würde ein in dieser Fremde erneuerter Islam jedoch siegreich bleiben.

**Klassisch
antisemi-
tische Topoi**

In vielfacher Hinsicht sind salafitische Jugendliche in den letzten Jahren zu einer subkulturellen Jugendbewegung geworden, in der sich rebellischer Gestus durch die Sympathie mit → Jihadismus ausdrückt. Dieser subkulturelle Pop-Jihadismus weicht dabei oft auch von den klassisch islamischen Vorstellungen ab. Sogar Musik – die eigentlich für traditionelle Salafiten aus religiösen Gründen tabu ist – dient zum Transport solcher ideologischer Vorstellungen. Nach der Veröffentlichung ihres Liedes „An alle Brüder“ begann im Frühling 2012 die Staatsanwaltschaft gegen die beiden Grazer Rapper Yasser & Ozman zu ermitteln. Im Lied kommen offen gewaltverherrlichende, antiamerikanische und antisemitische Zeilen vor. Die Welt der beiden Gangsta-Rapper ist vom klassisch antisemitischen Topos der → freimaurerisch-zionistischen Weltverschwörung, wie er im europäischen Antisemitismus immer wieder auftaucht, ebenso beherrscht wie vom Aufruf zum → Jihad:

„Fick die USA, fick Israel! .../

Trage einen schwarzen Bart, immer gegen Vater Staat. Ich bin ein stolzer Muslim, ist egal, was ihr jetzt sagt. .../

Die Welt, in der wir leben, wird regiert von → Zionisten. .../

Keiner kann mir was erzählen, bin umgeben von Problemen, die mich und vor allem meinen lieben alten Vater quälen. .../

Ich spreche es aus, das, was sich keiner hier traut.

Ich werde im Jihad sterben. Bruder, so war mein Traum. .../

Deshalb für alle → Freimaurer zum Abschluss: Ich hol das Aug ins Fadenkreuz, betätige den Abzug.“¹³

**Konformistische
Rebellion
gegen Staat
und Gesellschaft**

Die Attraktivität solcher Zeilen liegt im rebellischen Gestus gegen Staat und Gesellschaft und in einer heroisch-soldatischen Männlichkeit, die jedoch zugleich eine konformistische Rebellion darstellt. Ähnlich wie Nazi-Skins wird hier mit den Vorstellungen der Eltern und mit einzelnen ideologischen Versatzstücken der Herkunftsgesellschaft nicht gebrochen, sondern werden diese radikalisiert. Der in dem Lied erwähnte „liebe alte Vater“ ist Mohammed Gowayed, Präsident des Islamischen Zentrums Graz, das der → Muslimbruderschaft nahesteht.

**Offensive
Werbung
in jugend-
gerechter
Sprache**

Diskriminierungserfahrungen durch die Mehrheitsgesellschaft, das Gefühl ohnehin nie zu dieser gehören zu können, insbesondere aber die offen antimuslimischen Wahlkämpfe der FPÖ haben viele Jugendliche in diese Pop-jihadistische Jugendkultur getrieben. Jugendliche, die im Internet nach islamischen Inhalten suchen, stoßen fast ausschließlich auf Videos, Websites und Foren solcher neo-salafitischer Gruppen, die sehr offensiv und in jugendgerechter Sprache für sich und ihre Inhalte werben. Viele der Jugendlichen, die unter den Einfluss dieser Gruppen geraten, sind eigentlich religiöse Analphabeten und suchen im Internet nach (vermeintlichem) Wissen, das ihnen diese neo-salafitischen Prediger in einfachen Worten vermitteln.

**Image-
problem für
muslimische
Mehrheit**

Damit prägen diese Gruppen aber auch immer mehr das Bild des Islam bei nicht-muslimischen Jugendlichen der Internet-Generation. Sie werden deshalb zunehmend zu einem Imageproblem für jene überwiegende Mehrheit der MuslimInnen, die damit nichts zu tun haben und die einen Islam leben, der nichts mit solchen kämpferischen Parolen gemein hat.

Literatur

Abd ar-Râziq, Ali: Der Islam und die Grundlagen der Herrschaft. Übersetzung und Kommentar des Werkes von Ali Abd ar-Râziq (übersetzt von Hans G. Ebert, Assem Hefny). Frankfurt am Main 2010


Qutb, Sayyid: Milestones. Indianapolis 1990

Schmidinger, Thomas/Larise, Dunja (Hg.): Zwischen Gottesstaat und Demokratie. Handbuch des politischen Islam. Wien 2008

Ulam, Peter/Tributsch, Silvia: Muslime in Österreich. Wien 2013, abrufbar unter http://www.integration.at/fileadmin/Staatssekretariat/4-Download/Studien/Muslime_in_%C3%96sterreich.pdf (24.6.2013)

Yasser & Ozman: An alle Brüder, Video abrufbar unter http://www.youtube.com/watch?v=Xmov4c1nusU&playnext=1&list=PL15FE305D7C797FC5&feature=results_main (24.6.2013)

- 1 Es gibt eine lange Debatte um „Staatlichkeit“ und die Entstehung des modernen Staates in der Politikwissenschaft, der politischen Philosophie und den Geschichtswissenschaften. Allerdings sind sich die meisten staatsrechtlichen Ansätze darin einig, dass der moderne Staat, wie wir ihn heute kennen, insbesondere der säkulare Staat, in dem Religion und Staat weitgehend getrennt sind, ein historisch junges Phänomen darstellt, das zum Zeitpunkt der Entstehung der abrahamitischen Religionen noch nicht existierte.
- 2 Die verschiedenen Strömungen der Schiiten, die Ibaditen und die kleineren heterodoxen (andersgläubigen) Gruppen innerhalb und am Rande des Islam hatten ohnehin immer andere Formen der Organisation. Das Kalifat war das klassische Modell der sunnitischen Organisation der Einheit von Religion und Staat, unter dem allerdings Angehörige nichtmuslimischer Minderheiten (die Buchreligionen *ahl al-kitab*) als „Schutzbefohlene“ im Gegenzug zu höheren Steuerzahlungen einen gewissen Schutz und innere Autonomie erhielten.
- 3 Abd ar-Râziq, Ali: Der Islam und die Grundlagen der Herrschaft. Übersetzung und Kommentar des Werkes von Ali Abd ar-Râziq (übersetzt von Hans G. Ebert, Assem Hefny). Frankfurt am Main 2010
- 4 Durch die Verwendung des Begriffs „Salafisten“ im deutschen Verfassungsschutzbericht hat sich in den letzten Jahren in deutschsprachigen Medien zunehmend dieser früher eher unübliche Begriff eingebürgert. Die Begriffe SalafitInnen und SalafistInnen können synonym verwendet werden. Zwar vertreten manche FunktionärInnen der offiziellen Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGIÖ) wie Tarafa Baghajati die Position, dass „Salafiten“ einen eher verinnerlichten Salafismus und persönlichen Lebensstil, „Salafisten“ hingegen einen aggressiv nach außen bis hin zum Terrorismus agierenden Salafismus bezeichne, allerdings ist dies eine in der Wissenschaft völlig unübliche Unterscheidung, die wohl eher der Ehrenrettung bestimmter nichtmilitanter salafitischer Strömungen dienen soll. Im Arabischen gibt es nur einen Begriff, den der *salfiyya*, der eben auf zwei unterschiedliche Arten übersetzt wird.
- 5 Im sunnitischen Islam gibt es vier große Rechtsschulen, die sich zwar wechselseitig als rechtgläubig anerkennen, sich allerdings in ihrer Rechtsauffassung teilweise stark voneinander unterscheiden. Die größte dieser Rechtsschulen, die Hanafiten, bildete die offizielle Rechtsschule des Osmanischen Reiches. Daneben existieren die Schafaiten, die Malikiten und als die strengste Rechtsschule die Hanbaliten.
- 6 Mit dem Begriff Sufismus werden verschiedene mystische Strömungen des Islam bezeichnet, die seit dem 12. Jahrhundert in ordensähnlichen Gemeinschaften (*tariqa*, Plural: *turuq*) organisiert waren.
- 7 Der Begriff *jihad* gehört zu den umstrittensten islamischen Begriffen. Wörtlich bedeutet er nicht Krieg und hat auch keinerlei Verwandtschaft mit dem arabischen Begriff für Krieg (*harb*). Vielmehr bedeutet er religiöse Anstrengung, Kampf, Bemühung, Einsatz. Dieser Kampf (der auch als Kampf mit sich selbst verstanden werden kann) kann als gewaltloser Einsatz verstanden werden, allerdings auch als religiös legitimierter Krieg, über dessen legitime Ausrufung es eine jahrhundertelange Debatte in der islamischen Rechtswissenschaft gibt.
- 8 In Österreich tritt Milli Görüş normalerweise unter dem Namen „Islamische Föderation“ auf.
- 9 Vgl. Qutb, Sayyid: Milestones. Indianapolis 1990
- 10 Plural von *mujahid* = der Glaubenskämpfer; jemand, der in einen Jihad zieht.
- 11 Schmidinger, Thomas/Larise, Dunja (Hg.): Zwischen Gottesstaat und Demokratie. Handbuch des politischen Islam. Wien 2008, S. 131f.
- 12 Ulam, Peter/Tributsch, Silvia: Muslime in Österreich. Wien 2013, S. 6
- 13 http://www.youtube.com/watch?v=Xmov4c1nusU&playnext=1&list=PL15FE305D7C797FC5&feature=results_main (24.6.2013)

 **WEBTIPP**

Die Studie „Muslime in Österreich“ von Peter Ulam und Silvia Tributsch beschäftigt sich ausführlich mit der Religiosität in Österreich lebender MuslimInnen türkischer und bosnischer Herkunft. Sie bietet u.a. Informationen zur Einstellung zu Erziehung und Unterricht, zur Bekleidung und zu (gemischten) Ehen. Darüber hinaus wird auf die Wahrnehmung des Verhältnisses von Religion und Politik eingegangen.

► Ulam, Peter/Tributsch, Silvia: Muslime in Österreich. Wien 2013, abrufbar unter http://www.integration.at/fileadmin/Staatssekretariat/4-Download/Studien/Muslime_in_%C3%96sterreich.pdf